

Für ein besseres Klima in Bayern!

1. Es ist höchste Zeit!

Schon seit vielen Jahren setzt sich der BDKJ Bayern in seiner politischen Arbeit sowie in der Bildungsarbeit der Diözesan- und Jugendverbände aktiv für Nachhaltigkeit, internationale Solidarität, Gerechtigkeit und Umwelt- und Klimaschutz ein. Hinter diesem Engagement steht die Überzeugung, dass die Erde, auf der wir leben, uns Menschen von Gott anvertraut ist und wir für diese Erde Verantwortung tragen.

Die Enzyklika *Laudato Si'*, mit der Papst Franziskus alle Menschen dazu aufruft, diese Verantwortung wahrzunehmen, ist für uns als junge Christ*innen Auftrag und Ermutigung:

*„Die dringende Herausforderung, unser gemeinsames Haus zu schützen, schließt die Sorge ein, die gesamte Menschheitsfamilie in der Suche nach einer nachhaltigen und ganzheitlichen Entwicklung zu vereinen, denn wir wissen, dass sich die Dinge ändern können. [...] Die Menschheit besitzt noch die Fähigkeit zusammenzuarbeiten, um unser gemeinsames Haus aufzubauen.“*¹

Vor diesem Hintergrund begrüßt der BDKJ Bayern die Bewegung „Fridays for future“, mit der vor allem junge Menschen weltweit von Verantwortungsträger*innen in Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft Umdenken und konkretes Handeln einfordern. In der zentralen Forderung, die Ziele des Pariser Klimaabkommens verbindlich einzuhalten sowie den Zielen Nettonull in Bezug auf CO²-Emissionen und 100% erneuerbare Energien in Deutschland solidarisiert sich der BDKJ Bayern mit „Fridays for future“.² Hier zeigt sich, welchen Stellenwert dieses Thema in der Lebensrealität von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen hat.

Die gegenwärtige Corona-Krise birgt die Chance, auf allen politischen und gesellschaftlichen Ebenen durch gezielte Anreize und Kampagnenarbeit Weichen für zukünftige Entwicklungen und ein gesellschaftliches Umdenken zu stellen.

Wir fordern die bayerische Staatsregierung sowie alle Akteur*innen der Landespolitik dringend dazu auf, diese Chance zu nutzen und - geleitet von den nachhaltigen Entwicklungszielen der Vereinten Nationen³ - einer nachhaltigen Entwicklung in Bayern und darüber hinaus Priorität einzuräumen und diese in allen Bereichen voranzubringen. Der Bayernplan zur ökosozialen Transformation⁴, hinter dem der BDKJ Bayern als Erstunterzeichner steht, gibt hier wertvolle Impulse.

In Bayern muss Klimaschutz zur vorrangigen politischen Aufgabe werden - schließlich geht es um nicht weniger als um die Zukunft der uns anvertrauten Erde!

¹ LS 13.

² Vgl. <https://fridaysforfuture.de/forderungen/>

³ <https://unric.org/de/17ziele/>

⁴ <https://www.wirtransformierenbayern.de/>

Bayern und die Welt

Klimaschutz und Gemeinwohlorientierung sind untrennbar miteinander verbunden und im Freistaat Bayern mit vorrangiger Priorität anzustreben. Jegliche wirtschaftliche Tätigkeit ist an diesen Zielen auszurichten. Das Verfassungsziel, gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen zu schaffen, ist nur mit nachhaltiger Entwicklung zu erreichen. Zugleich bekennt sich der Freistaat Bayern „neben seiner Verantwortung gegenüber der eigenen Gesellschaft zu den Aufgaben, die er gegenüber der gesamten Welt zu erfüllen hat“⁵, denn Klimaschutz ist keine regionale Angelegenheit.

Daher muss die 2013 beschlossene bayerische Nachhaltigkeitsstrategie als interdisziplinäre und ressortübergreifende Richtschnur für die Landespolitik weiterentwickelt, stetig fortgeschrieben und evaluiert werden. Dabei ist ein verbindliches Zielsystem mit normativem Charakter unverzichtbar.⁶

2. Mobilität in Bewegung bringen!

Wesentlicher Faktor für Treibhausgasemissionen und damit ein Motor für die globale Erwärmung ist der Verkehr. Im Gegensatz zu vielen anderen Sektoren ist in Deutschland in Bezug auf Verkehr seit 1990 kein Rückgang der Treibhausgasemissionen, sondern ein Anstieg zu verzeichnen⁷. Eine Mobilitätswende, die in erster Linie auf eine Politik der Verkehrsreduzierung setzt und in zweiter Linie einen nachhaltigen Umbau des Verkehrs zum Ziel hat, ist daher mit aller Kraft anzustreben. Dabei müssen auch Ursachen für den jeweiligen Personen- und Güterverkehr umfassend betrachtet werden und mit einbezogen werden.

Eine Mobilitätswende muss folgende Eckpunkte umfassen:

- Der ÖPNV ist weiter auszubauen, zu fördern und umzugestalten. Dabei müssen neue Konzepte entstehen, die dessen Nutzung noch attraktiver machen und erleichtern. In Verdichtungsräumen sind vereinfachte und kostengünstigere Tarifsysteme einzuführen, Hürden für den Individual-KFZ-Verkehr sind zu erhöhen. In ländlichen Räumen gilt es, die Infrastruktur massiv auszubauen, den Zugang z.B. durch Tarifverbünde zu erleichtern sowie die Attraktivität des ÖPNV zu steigern.
- Wir begrüßen die Bestrebungen bayerischer Städte, den ÖPNV für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene attraktiver und vor allem bezahlbar zu gestalten.
- Dort, wo der ÖPNV nicht ausreicht, müssen neue, gemeinschaftliche Konzepte für Mobilität gefunden und gefördert werden, z.B. Rufbusse, organisiertes Mitfahren etc.
- Die sog. Pendlerpauschale ist so zu verändern, dass steuerlich umweltschonende Alternativen für den Weg zum Arbeits-/Ausbildungsort begünstigt werden (z.B. ÖPNV, Fahrrad, Fahrgemeinschaften etc.).
- Die Höchstgeschwindigkeit auf Autobahnen ist auf 130 km/h zu begrenzen.
- Dort, wo Individualverkehr unvermeidbar ist, soll der Umstieg von Verbrennungsmotoren auf emissionsärmere Technologien wie bspw. Elektromobilität erleichtert werden. Dazu muss die Ladeinfrastruktur in ländlichen Räumen weiter ausgebaut und eine „grüne“ Stromversorgung fokussiert werden. Ebenso muss die Forschung zur emissionsarmen Mobilität durch entsprechende Förderungen vorangetrieben werden.

⁵ Leitsätze der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit des Freistaates Bayern vom 30.4.2013 ebenso wie im interfraktionellen Antrag der entwicklungspolitischen Sprecher der Fraktionen im Bayerischen Landtag: „Entwicklungspolitische Leitsätze des Bayerischen Landtags“ 2015.

⁶ Vgl. Beschluss „Entwicklungsland Bayern“ 2016.

⁷ Vgl. Umweltbundesamt (Hg.), Kein Grund zur Lücke. So erreicht Deutschland seine Klimaschutzziele in Bezug auf den Verkehrssektor bis 2030, Dessau 2019.

- Die gegenwärtige Corona-Krise zeigt, dass viele Wege verzichtbar sind - gerade in Bezug auf Pendeln zum Arbeitsplatz und auf Dienstreisen. Die Lehren aus dieser Erfahrung gilt es zu ziehen. Es sind Förderprogramme aufzulegen, die wohnortnahe Arbeiten besonders in ländlichen Räumen ermöglichen (z.B. Einrichtung von Co-Working-Spaces und Ausbau der digitalen Infrastruktur).
- Beim Güterverkehr muss das Prinzip „Schiene vor Straße“ gelten und durch entsprechende Steuerungsinstrumente nachdrücklich verfolgt werden. Regionale Wirtschaftskreisläufe sind zu fördern, um weite Wege zu vermeiden.
- Um v.a. den innerdeutschen Flugverkehr zu reduzieren und Klimaschäden zu kompensieren, braucht es eine höhere Besteuerung, deren Erlös in den Ausbau klimafreundlicher Mobilität fließt.

3. Neue Energie für's Klima

Neben der Mobilität ist eine zweite wichtige Säule einer nachhaltigen Gesellschaft der Wandel weg von einem fossil-nuklearen Energiesystem hin zur vollständigen Versorgung mit erneuerbaren Energien. Dabei gilt es zunächst, Energie - wo dies möglich ist - einzusparen. Die benötigte Energie muss 100% erneuerbar sein und ein Wandel auf dezentrale Energieversorgung bauen.

Um dieses ambitionierte Ziel zu erreichen, müssen u.a. folgende Eckpunkte berücksichtigt werden:

- Bei der Stromversorgung ist der Fokus auf Wasserkraft, Windenergie und Photovoltaik zu legen. Die dezentrale Stromversorgung ist zu begünstigen, Hürden gilt es abzubauen (z.B. 10H-Regel). Für Photovoltaik-Anlagen bieten z.B. Dächer öffentlicher Gebäude, autobahn- oder eisenbahnnahe, nicht landwirtschaftlich genutzte Freiflächen, aber auch private, privatwirtschaftliche und landwirtschaftliche Gebäude noch große Potenziale. Biomasse als Energieträger ist nachrangig und nur in hocheffizienten Anlagen mit Kraft-Wärme-Kopplung und unter Berücksichtigung weiterer sozialer und ökologischer Kriterien zu befürworten.
- Die Speicherung und die Anpassung des Stromnetzes an dezentral und mit o.g. Technologien erzeugtem Strom müssen in der Forschung und durch öffentlich getragene Pilotprojekte vorangetrieben werden.
- Auch im Wärmesektor müssen noch mehr Anreize zur energetischen Sanierung bestehender Gebäude sowie strikte Vorgaben für Neubauten mehr Energieeinsparung ermöglichen. Besonders bei öffentliche Liegenschaften sowie beim geförderten Wohnungsbau besteht hier noch großes Potenzial für Weiterentwicklung.
- Durch gezielte Förderpolitik im Bauwesen können noch intensivere Anreize zur Erprobung und Nutzung neuer Energien gesetzt werden. Zielsetzung muss hierbei sein, lokale Akteur*innen und Forschungsprojekte in ihrem Potenzial als Multiplikator*innen zu stärken und so „Leuchtturmaktivitäten mit Diffusionspotenzial“⁸ zu setzen.

4. Jetzt ist die Zeit - Gemeinsam für eine generationengerechte Zukunft

"Es ist die Zeit, in der die Zerbrechlichkeit und Verwundbarkeit der Menschen und der Menschheit einerseits, aber auch ihre Bereitschaft zum Engagement und zur Wahrnehmung von Verantwortung andererseits offenkundig ist, in der uns schließlich die Corona-Pandemie nötigt, uns neue Gedanken über unsere Zukunft zu machen."⁹ - In seiner neuen

⁸ Oekom e.v. (Hg), Baustelle Zukunft. Die Große Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft, München 2013, S. 64.

⁹ Pressemitteilung der Deutschen Bischofskonferenz zur Enzyklika „Fratelli tutti“, 04.10.2020.

Enzyklika „Fratelli tutti“ ermutigt Papst Franziskus alle Christ*innen und Menschen guten Willens, Verantwortung für die Zukunft zu übernehmen.

Für uns als junge Christ*innen ist dies Ermutigung und Rückendeckung für ein aktives Engagement, das einen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandel einfordert. Denn jetzt ist die Zeit für eine gesellschaftliche und wirtschaftliche Transformation! Junge Menschen sind bereit, an diesem Wandel hin zu einer gerechten Gesellschaft, der auch das Wohl junger Menschen und zukünftiger Generationen am Herzen liegt, zu partizipieren.

Wir erwarten von allen Verantwortungsträger*innen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, sich diese Anliegen zu Herzen zu nehmen und sich ebenso entschlossen für eine nachhaltige Entwicklung einzusetzen wie es so viele junge Menschen derzeit tun - kompromisslos, optimistisch und mutig - Jetzt ist die Zeit zum Handeln!

Der Antrag wird mit 17 Ja-Stimmen einstimmig angenommen.